

**OVZ 15.8.2016**

## **LESERBRIEF**

### **Neu justieren**

#### **Zum Bericht "Hoffen auf verlässliche Hilfe", OVZ vom 11. August:**

Ich kann Frau Bettina Hühn von der Ursula-Barth-Stiftung aus eigenen Erfahrungen mit dem Oberbergischen Kreis nur beipflichten. Der geschilderte Fall mit Nico Osenberg ist kein Einzelfall, sondern an der Tagesordnung: Der Kreis macht tatsächlich Eltern und Angehörigen das Leben schwer und hält diese erst mal hin.

Das Amt für soziale Angelegenheiten hat ein halbes Jahr vor Ablauf, Anfang Januar 2015, einen Antrag auf Verlängerung des Behindertenausweises für unseren Sohn erhalten. Der vom Amt mit Schreiben vom 19. Januar 2015 gewünschte Fragebogen zu ärztlichen Attesten wurde am 29. Januar von uns beantwortet.

Erst nach einem mehrseitigen Widerspruch wurde eine erneute amtsärztliche Feststellung der Krankheiten veranlasst und der Vorgang Ende November 2015 - nach einer Bearbeitungsdauer von zehn Monaten - abgeschlossen, mit Wegfall wichtiger Merkmale, deren schwerwiegende Folgen man auch als Betroffener nicht sofort erkennt. Allein die versuchte Herabsetzung der Behinderung um 60 Prozent muss hierbei als Willkür des Kreises betrachtet werden.

Wie können eine oder mehrere Personen des Kreises eine Verbesserung von 60 Prozent trotz nicht heilbarer Krankheiten unterstellen, ohne die betroffene Person gesehen zu haben? Laut Aussage des Kreises hätten Mediziner des Amtes dies festgestellt. Namen und Zuständigkeiten zur Überprüfung und für die Transparenz des Vorgangs ist man uns bis heute schuldig geblieben. Wie kann ein Betroffener die Feststellungen überprüfen oder überprüfen lassen, wenn amtsärztliche Untersuchungen nicht zur Verfügung gestellt werden? Man sollte annehmen, dass Hilfsbedürftige bei einem Amt für soziale Angelegenheiten Hilfe erhalten. Genau das Gegenteil ist beim Oberbergischen Kreis der Fall.

Unser Landrat Jochen Hagt oder der Behindertenbeauftragte des Bundes müsste hier mal richtig aufräumen und die Kernaufgaben des Amtes neu justieren.